



Haushaltsrede 2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren , liebe Kolleginnen und Kollegen, die Haushaltsrede der Wählerinitiative Rosendahl wird in diesem Jahr Corona bedingt kürzer ausfallen als gewohnt und wird sich nicht mit allen Themenbereichen des Haushaltes 2021 auseinandersetzen.

Daher das Wichtigste zuerst: Ich möchte mich im Namen der Fraktion der Wählerinitiative Rosendahl bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung für ihren Einsatz zum Wohle der Gemeinde Rosendahl bedanken. Unser besonderer Dank gilt dem Bürgermeister Christoph Gottheil und seiner Mitarbeiterin Natalia Eske , die einen kompletten Arbeitstag zu den Haushaltsberatungen der Wählerinitiative Rosendahl Rede und Antwort gestanden haben.

Die Wählerinitiative Rosendahl wird dem Haushalt zustimmen.

Zwar gibt es Haushaltsansätze, die nicht unsere Zustimmung genießen, WIR sehen allerdings keine gravierenden Gründe, die uns veranlassen, der Verwaltung einen rechtlichen Handlungsrahmen zur Erfüllung gemeindlicher Aufgaben zu verweigern.

In großen Teilen handelt es sich beim HH 2021 um eine Fortschreibung bereits angestoßener Projekte. Für die Umsetzung mancher Vorhaben hätten wir uns allerdings gerne die Geschwindigkeit gewünscht, die bei der Entwicklung des Corona-Impfstoffes herrschte.

Unsere nach wie vor hohe Liquidität zeigt sich im Haushalt 2021 unter anderem auch in den erhöhten Ansätzen in den Produkten wieder, alle Produkte sind finanziell gut ausgestattet. Die enorme Höhe der veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen von über 15 Millionen Euro für das Jahr 2022 spiegeln die geplanten Investitionsprojekte wider - engen allerdings unseren freien Handlungsspielraum für den Haushalt 2022 ein.

In den Haushaltsberatungen wurde deutlich, dass sich einige Ratsmitglieder unter dem Eindruck des gut gefüllten Geldbeutels mit der ein oder anderen Ausgabe leichter taten, der Ausspruch „Über die 1.000 Euro mache ich mir erst gar keine Gedanken“, sind ein Synonym dafür. Angesichts der Millionen und Milliarden Europakete, die zurzeit von Bund und Land ausgegeben bzw. versprochen werden, ist es aber auch verständlich, dass nach der Sinnhaftigkeit mancher Ausgabe auf kommunaler

Ebene nicht mehr gefragt wird. Lange vorbei sind die Zeiten des HSK's, in denen alle Ausgaben auf dem Prüfstand gestellt wurden.

Um es deutlich zu sagen, wir möchten nicht ins HSK, allerdings vermissen wir manchmal die ernsthafte Auseinandersetzung bei manchen Ausgaben.

Auch laufende Projekte sollten regelmäßig überprüft werden, ob der Zweck, den man damit verfolgte, immer noch erreicht wird. Dies ist beim sogenannten Projekt „Jung kauft Alt“ schon lange nicht mehr der Fall. Die Befürchtung, dass Altimmobilien Ladenhüter werden und es Kaufanreize zum Erwerb geben muss, ist Geschichte. Kaum eine Immobilie findet noch den Weg auf den freien Markt, bereits vorher werden diese „unter der Hand“ verkauft. Ob es hier noch sinnvoll ist, Geld in den überhitzten Markt zu stecken, sollte sich jeder fragen.

Der hierfür vorgesehene Haushaltsansatz von 52.000 Euro ist nicht etwa gedeckt durch Gewinne beim Verkauf von Wohngrundstücken – denn die haben wir schon lange nicht mehr – sondern sind rein steuerfinanziert.

Dabei fällt mir ein, dass dieser Haushaltsansatz zur Gegenfinanzierung des von den Grünen geforderten Umweltgutachtens herhalten könnte. Obwohl - man sollte die Grünen nicht auf dumme Gedanken kommen lassen.

Dabei steht die Wählerinitiative Rosendahl einem „Umweltgutachten“ nicht vollkommen ablehnend gegenüber, allerdings sollte klar definiert sein, was untersucht werden soll, soll die Luft, die Erde, das Wasser, das Abwasser untersucht werden – wenn es die Luft sein soll, soll es die Luft im Rathaussaal sein, im Klassenraum, die Atemluft eines Kindes sein und worauf soll untersucht werden, auf Schwermetalle, auf radioaktive Stoffe oder soll der CO-Wert ermittelt werden?

Bereits jetzt gibt es mannigfaltige Zahlen, Daten und Fakten aus verschiedenen Bereichen, viele Behörden und Verbände verfügen über ein reichhaltiges Datenmaterial. Dies bedürfte es zu sammeln und zusammenzutragen, um auszuschließen, dass nicht etwas untersucht wird, was schon untersucht wurde. Ein Umweltbericht ohne klar umrissenen Bereich und Ziel ist mit uns nicht zu machen.

Dabei ist das von den Grünen ins Feld geführte Argument richtig „Nur wer die Faktenlage kennt, kann die richtigen Maßnahmen treffen.“ Das bedeutet allerdings auch, dass man weiß, in welchem Bereich vermutlich Handlungsbedarf besteht. Ein reines „Verwaltung macht mal einen Umweltbericht und überlegt euch was“ ist nicht zielführend.

Oft und da gehen WIR mit der CDU konform, ist es sinnvoller nicht erst teure Konzept- oder Projektpläne entwickeln zu lassen, sondern das Geld direkt in sinnvolle Maßnahmen zu stecken.

Für die derzeitigen Pläne E-Ladesäulen im Gemeindegebiet aufzustellen, hätten wir allerdings eine Kosten-Nutzenanalyse gewünscht. Die jetzigen Pläne gehen am tatsächlichen Bedarf vorbei und sind in unseren Augen nur ein Deckmäntelchen nach dem Motto „Wir tun etwas für die Umwelt“.

Zwar war in 2020 und ist bis heute Corona das beherrschende Thema, trotzdem sei erinnert, dass auch eine Kommunalwahl in 2020 stattgefunden hat. Der Rat wurde neu gewählt, neue Gesichter sind zu sehen, neue Ideen werden formuliert und neue Akzente gesetzt. Hierbei hat die SPD sich komplett neu aufgestellt und ist auch sofort aktiv geworden.

Zwar fand ihr erster Vorstoß im HFA keine Mehrheit, was sie aber nicht mutlos machen sollte. Im neu gewählten Rat gibt es keine Fraktion, die über die absolute Mehrheit verfügt. Es gilt also für alle, dass man für seine Vorhaben und Anträge Partner suchen muss, um seine Vorhaben realisieren zu können.

Das kann die Ratsarbeit spannender machen und vielleicht sind wir dann auch präsenter in der Öffentlichkeit, wenn das C-Wort nicht mehr Oberhand in den Medien hat.

Wir sind dazu bereit!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit

Für die Wählerinitiative Rosendahl – Hartwig Mensing